



STELLUNGNAHME DER GEWERKSCHAFTEN
ZUM „G20-KRISENGIPFEL “

„DEKLARATION VON WASHINGTON“ DER GLOBAL UNIONS

NOVEMBER 2008

I. Zusammenfassung	1
II. Ein koordinierter Plan zur Wiederbelebung der Realwirtschaft	4
III. Die Re-Regulierung der globalen Finanzmärkte	7
IV. Eine neue internationale Wirtschaftsordnung	9
V. Die Bekämpfung der Krise der Verteilungsgerechtigkeit	11
VI. Schlussfolgerung	12

I. Zusammenfassung

- 1 Während sich die Staats- und Regierungschefs der G20-Länder zusammenfinden, steht die Weltwirtschaft am Rande eines Abgrunds. Die Finanzkrise hat sich im September und Oktober 2008 auf spektakuläre Weise zugespitzt und hat mittlerweile auch dramatische Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Laut Vorhersagen wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der wichtigsten Industriestaaten schrumpfen und die Arbeitslosigkeit kräftig zunehmen. Zugleich springt die Krise auch auf die Schwellen- und Entwicklungsländer über. Mehrere Regierungen mussten bereits Finanzhilfen und Notkredite beim Internationalen Währungsfonds (IWF) beantragen, weil der Finanzsektor ihres Landes nicht mehr ordnungsgemäß funktioniert, Investoren ihr Kapital ins Ausland abziehen, die Währung kollabiert und das Wachstum der Wirtschaft zum Erliegen gekommen ist. Die Weltwirtschaft steht vor einer sehr ernstzunehmenden Rezession. Wie zäh sich diese halten und wie tief sie greifen wird, hängt maßgeblich davon ab, wie rasch und wie gezielt die Regierungen Gegenmaßnahmen ergreifen werden. Im Vorfeld dieser systemischen Krise hat es über die vergangenen Monate einen beispiellosen Anstieg der Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise gegeben, der zu einer Nahrungsmittelkrise in den Entwicklungsländern geführt hat. Die Krise ereignet sich zudem zu einer Zeit, in der sich das Klima immer schneller erwärmt. Ohne rasche Gegenmaßnahmen werden die Klimaveränderungen die ärmsten Länder der Erde erheblich beeinträchtigen und die schwächsten Gruppen, wie die der Frauen, besonders hart treffen.
- 2 Die Geschichte hat gezeigt, dass Krisen dieses Ausmaßes zu sozialer und politischer Instabilität führen, mit unvorhersehbaren und häufig tragischen Folgen. Antworten auf die aktuelle Krise müssen die besondere Rolle der

Arbeitnehmer und ihrer Familien berücksichtigen. Seit mehr als zwei Jahrzehnten steht gesellschaftliche Zusammenhalt (soziale Kohäsion) unter enormen Belastungen, da die Ungleichheiten in den meisten Ländern zunehmen. Jetzt sind diejenigen, die ihr Heim, ihren Arbeitsplatz und ihre Rentenansprüche aufgrund einer Finanzkrise verlieren, die sie nicht verschuldet haben, als Steuerzahler aufgerufen, zur Entschuldung derjenigen beizutragen, die die Krise zu verantworten haben. Die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten müssen anerkennen, dass es höchste Zeit ist, die Regeln der globalen Märkte umfassender, gerechter und demokratischer zu gestalten. Die Gewerkschaften müssen an den wichtigen Verhandlungen, die in den kommenden Monaten in den verschiedenen Institutionen anstehen, beteiligt werden.

- 3. Die aktuelle Krise nahm ihren Anfang in den USA und setzt sich zusammen aus einer Immobilienkrise, einer Kreditmarktkrise und in zunehmendem Maße auch einer Beschäftigungskrise. Jede dieser Krisen ist für sich genommen bedrohlich genug, aber ihr Zusammenspiel macht die Auswirkungen auf die Realwirtschaft besonders komplex und gefährlich. Die Immobilienpreise sind eingebrochen, Zwangsversteigerungen von Immobilien haben rapide zugenommen, und das Nettovermögen der Haushalte ist um mehrere Billionen geschrumpft. Angesichts ihrer Vermögensverluste schränken die Verbraucher den Konsum drastisch ein und tragen so zum Abschwung bei, der die Unternehmen zum Abbau von Arbeitsplätzen und zu Lohn- und Leistungskürzungen zwingt. Der anhaltende Verfall der Immobilienpreise verstärkt zudem die Kreditkrise, weil notleidende hypotheckenbesicherte Wertpapiere immer größere Löcher in die Bilanzen unterkapitalisierter Finanzinstitute schlagen. Der Aderlass des Bankensystems wird sich fortsetzen, solange der Verfall der Vermögenswerte und der Verlust an Arbeitsplätzen nicht gestoppt werden. Dieser Teufelskreis wiederholt sich nun in anderen Industrieländern und sogar in den zuvor noch als unverwundbar geltenden Schwellenländern.
- 4. Die staatlichen Eingriffe in die Finanzmärkte sind unumgänglich. Die Regierungen verstaatlichen Banken, sicheren Einlagen, kaufen notleidende Kredite auf und rekapitalisieren die Bankensysteme in den USA und in Europa. Es ist unakzeptabel, dass die Regierungen die Verluste des Finanzkapitals sozialisieren und es zulassen, dass Finanzinstitute ihre Gewinne weiterhin privatisieren. Die schwerwiegendste Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren muss der Ideologie unkontrollierter Finanzmärkte, deren Selbstregulierung sich als Betrug entpuppt hat, und deren gierige rationale Erwägungen zum Schaden der Realwirtschaft ausgehebelt hat, ein Ende setzen. Es muss eine nationale und globale Regulierungsarchitektur errichtet werden, die die Finanzmärkte zu ihrer eigentlichen Aufgabe zurückführt, die darin besteht, eine stabile und kostengünstige Finanzierung produktiver Investitionen in die Realwirtschaft zu ermöglichen. Darüber hinaus müssen Regierungen und internationale Institutionen eine neue Weltwirtschaftsordnung etablieren, die ökonomisch effizient und sozial gerecht ist – eine ähnlich ambitionierte Aufgabe wie jene, vor der 1944 die Teilnehmer der Konferenz in Bretton Woods gestanden haben.

- Die Staats- und Regierungschefs, die an der internationalen Konferenz in Washington teilnehmen, müssen einen Prozess einleiten, der auch die Länder jenseits der Gruppe der 20 einschließt, um:
- **im Rahmen umfassender Massnahmen** die globalen Kapitalmärkte zu stabilisieren, die Volkswirtschaften rasch aus der Rezession führen, die Gefahr einer globalen Depression abzuwenden und Bemühungen ermöglichen macht, menschenwürdige Arbeit zu schaffen. Es sollte, soweit erforderlich, weitere konzertierte Zinssenkungen geben. Die Regierungen sollten Infrastrukturprogramme auflegen, die kurzfristig die Nachfrage stärken und mittelfristig die Produktivität steigern. Jetzt ist die Zeit gekommen, eine ökologische Erneuerung, einen „Green New Deal“ – eine auf den Klimaschutz ausgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik – zu initiieren, um durch die Entwicklung alternativer Energiequellen und durch Energiesparmaßnahmen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Instrumente der Steuer- und Ausgabenpolitik sollten eingeführt werden, die die Kaufkraft der Mittelklasse und der Geringverdiener stützen. Entwicklungshilfebudgets für die am wenigsten entwickelten Länder müssen finanziert werden, damit die Millennium-Entwicklungsziele erreicht werden können. Hierbei spielen verbindliche Zusagen und ein Zeitplan bis zum Erreichen des durch die Vereinten Nationen vorgeschlagenen Ziels von 0,7 Prozent des BIP eine wesentliche Rolle.
 - **Sicherzustellen, dass sich eine Finanzkrise dieser Größenordnung niemals wiederholen kann.** Über zwei Jahrzehnte haben die meisten Regierungen zusammen mit den Internationalen Finanzinstitutionen (IFI) die nur minimal regulierte „neue Finanzarchitektur“ unterstützt, die die Grundlage eines globalen Finanzmarktsystems war, das für die aktuelle Krise verantwortlich ist. Jetzt aber sahen sich die Regierungen gezwungen einzuschreiten, um das Bankensystem zu retten. Im Gegenzug muss es nun jedoch angemessen regulierte Finanzinstitute geben. Dazu gehört: die öffentliche Rechenschaftspflicht der Zentralbanken, antizyklische Eigenkapitalanforderungen und eine öffentliche Überwachung der Banken, die Regulierung von Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften, die Reform und Kontrolle des Vergütungssystems für Führungskräfte und der Ausschüttung von Unternehmensgewinnen, die Reform der Kredit-Rating-Agenturen, die Trockenlegung von Steueroasen im Ausland, die Besteuerung internationaler Finanztransaktionen, ein angemessener Schutz der Verbraucher vor räuberischen Praktiken bei der Kreditvergabe und vor aggressiven Vertriebsstrategien der Banken sowie eine öffentliche Wohnungspolitik und ein System gemeinschaftlich organisierter Finanzdienstleister. Dieses neue System muss die Anforderungen aller Aufsichtsorgane berücksichtigen, der Bankenaufsichten, der Steuerbehörden und Wettbewerbshüter sowie der jeweiligen Interessens- und Verbraucherverbände der Staaten. Die Reformarbeit darf nicht mehr länger Stückwerk sein.
 - **Eine neue internationale Wirtschaftsordnung zu schaffen.** Diese muss über die Finanzmärkte oder die Währungssysteme hinausgehen, um sämtliche Ungleichgewichte bei Wachstum und Kapitalflüssen zu korrigieren, die zum Entstehen der Krise beigetragen haben. Ebenso wie die neuen wirtschaftspolitischen Übereinkünfte nach dem Ende des 2. Weltkriegs zugleich mit der Gründung der Vereinten Nationen

auch die Stärkung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) berücksichtigten, müssen die für die Zeit nach der Krise anzustrebenden Vereinbarungen eine internationale Wirtschaftsordnung zum Ziel haben. Die Regierungen müssen jetzt beginnen, die notwendigen Strukturen zu schaffen. Diese Debatte darf aber nicht hinter verschlossenen Türen zwischen Vertretern der Banken und der Finanzministerien stattfinden. Die Gewerkschaften müssen an den Verhandlungen beteiligt werden.

- **Die Ausbreitung der Ungleichheit der Einkommensverteilung, die hinter dieser Krise steckt, zu bekämpfen.** Die neue Wirtschaftsordnung muss die *Krise der Verteilungsgerechtigkeit* angehen, die die Weltwirtschaft ruiniert hat. Sie muss ein ausgewogeneres Wachstum in der Weltwirtschaft sicherstellen, sowohl zwischen den Regionen als auch innerhalb der Länder, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Groß- und Geringverdienern, zwischen Reich und Arm und zwischen Männern und Frauen.

6. Die G20-Konferenz sollte den Beginn eines neuen Prozesses markieren. Das Programm für den Wandel und die Neugestaltung der Weltwirtschaft muss auf den weiteren Konferenzen der kommenden Monate fortgesetzt werden – insbesondere auf der nächsten internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung, die Ende des Monats in Doha stattfindet. Auf der anschließenden Konferenz der Teilnehmer der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC), die im Dezember in Posen einberufen wird, müssen die Industriestaaten Sofortmaßnahmen zusagen, um einen umfangreicheren Technologietransfer und eine bessere Anpassung an den Klimawandel in den Entwicklungsländern zu ermöglichen. Dieser Schritt würde helfen, das nötige Vertrauen herzustellen, damit die aktuellen Verhandlungen zum Klimaschutz bis Ende 2009 erfolgreich abgeschlossen werden können. Das G8-Treffen in Italien sowie die Konferenzen der IFIs und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Jahr 2009 müssen allesamt optimal genutzt werden – eine Rückkehr zum „business as usual“ darf es nicht geben.

II. Ein koordinierter Plan zur Wiederbelebung der Realwirtschaft

7. Das wachsende Finanzchaos beeinträchtigt die Realwirtschaft. Der dramatische Einbruch der Beschäftigungszahlen, der in den USA und Großbritannien stattfindet, setzt nun auch in der Eurozone ein; es droht eine globale Rezession. Für einen Großteil des Jahres 2009 wird für die USA und für die Eurozone ein Rückgang des BIP prognostiziert. Und die Arbeitslosenquoten wird in den OECD-Mitgliedsstaaten über die kommenden sechs Monaten um 20 Prozent steigen. Doch selbst diese Prognose könnte sich als noch zu optimistisch erweisen. In Schwellen- und Entwicklungsländern – insbesondere in denjenigen Ländern, deren Banken einen hohen Fremdkapitalanteil haben oder die ein hohes Leistungsbilanzdefizit aufweisen – findet bereits ein massiver Stellenabbau statt und die Realeinkommen der Haushalte sinken. Das Kapital wird aus vielen Entwicklungsländern abgezogen, die diesen Verlust an Investitionen kaum verkraften können. Die Probleme werden dadurch verschärft, dass Arbeitsemigranten

weniger Geld in ihre Heimatländer überweisen und viele sogar ihre Arbeit verlieren. Die ILO sagt voraus, dass die weltweite Arbeitslosigkeit von 190 Millionen im Jahr 2007 auf 210 Millionen im Jahr 2009 steigen wird, wobei die Anzahl der „Working Poor“, deren Einkommen unter 1 Dollar pro Tag beträgt, um 40 Millionen wachsen, und derjenigen mit 2 Dollar pro Tag um mehr als 100 Millionen zunehmen wird.

8. Regierungsvertreter und Zentralbanker dürfen nicht das Desaster der 1930er Jahre wiederholen, in denen ein ausgeglichener Staatshaushalt im Vordergrund stand, Löhne gesenkt und Wechselkurse und die Währungspolitik zum Nachteil anderer gestaltet wurden („beggar thy neighbour“). Stattdessen müssen die Regierungs- und Staatschefs der G20-Länder einen koordinierten Plan beschließen und umsetzen, der die Realwirtschaft auf nationaler und internationaler Ebene stimuliert.
9. In Europa und in den USA sind weitere konzertierte Zinssenkungen durch die Zentralbanken erforderlich. Steuerpolitische Stabilisierungsinstrumente wie die Arbeitslosenunterstützung müssen gestärkt und, wo nötig, durch unmittelbare Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ergänzt werden. Steuerpolitische Konjunkturimpulse sollten darauf abzielen, die Gesamtnachfrage so umfassend zu stützen, dass die Realwirtschaft wiederbelebt wird und die Beschäftigung, die Löhne und Gehälter und die verfügbaren Einkommen der Haushalte wieder wachsen. Instrumente der Steuer- und Ausgabenpolitik müssen Familien mit geringen und mittleren Einkommen unterstützen, die unter der aktuellen Entwicklung am stärksten leiden, und die infolge einer hohen Konsumquote zusätzliches Einkommen zügig in den Verbrauch und damit in Produktions- und Beschäftigungswachstum zurückführen.
10. In ähnlicher Weise sollten die Regierungen der Entwicklungs- und Schwellenländer dem Konjunkturabschwung durch geldpolitische Instrumente begegnen, indem sie Arbeitsplatzbeschaffungsprogramme auflegen und bestehende soziale Sicherungsnetz ausbauen oder ein solches erst zu schaffen. Die IFI dürfen nicht dieselben Fehler begehen wie während der Finanzkrise in Asien vor einem Jahrzehnt. Damals wurden die Länder gedrängt, Zinsen anzuheben, Staatsausgaben zu drosseln und zahllose Zusammenbrüche in der Bankenlandschaft geschehen zu lassen – genau das Gegenteil dessen, was die Industriestaaten heute tun. Stattdessen sollten die Entwicklungsländer ermutigt werden, den Arbeitsmarkt zu stabilisieren, und den am stärksten bedrängten Bevölkerungsschichten staatliche Hilfen anzubieten.
11. Die Gelegenheit sollte genutzt werden, umfassendes Programm zur ökologischen Erneuerung, einen „Green New Deal“ ins Leben zu rufen, wie es das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und die ILO im Bericht „Green Jobs“ fordern. Jetzt ist die Zeit gekommen, durch ökologisch verantwortliche Investitionen die Wiederbelebung der Wirtschaft zu unterstützen mit dem Ziel, kurzfristig Arbeitsplätze – vor allem für junge Menschen und für Frauen – zu schaffen, und mittelfristig die Treibhausgasemissionen zu drosseln. Die Modernisierung von Gebäuden zur Senkung des Energiebedarfs ist besonders arbeitsintensiv und bietet so die Möglichkeit, die angeschlagene Bauindustrie zu stützen. Öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, in die Nahverkehrsnetze und in alternative Energie-

quellen werden ebenfalls für die Schaffung grüner Arbeitsplätze sorgen. Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, die langfristig angelegt sind und die Produktivität steigern – in Schulen, Krankenhäuser, Trinkwasseraufbereitung, Abwasserentsorgung, Nahverkehrsnetze und Energieversorgung – helfen nicht nur den Volkswirtschaften eine Rezession zu verhindern oder zu überwinden, sondern schaffen auch die Grundlage für Millionen von Menschen, den Weg aus der Armut zu finden.

12. Jenseits von Infrastrukturmaßnahmen ist jetzt aber auch die Zeit, „in Menschen zu investieren“ – in ihre Ausbildung und Gesundheit und in die Betreuung von Kleinkindern und Alten. 18 Millionen neue Lehrer müssen ausgebildet werden, allein um das Ziel einer hochwertigen Ausbildung für alle Kinder im Grundschulalter bis zum Jahr 2015 sicherzustellen. Millionen weitere Lehrer und Ausbilder werden für die Berufsausbildung und die Aneignung von Fachkenntnissen benötigt, die das Fundament der Realwirtschaft darstellen, sowie für die Umschulung von Arbeitnehmern, damit sie mit dem wirtschaftlichen Wandel Schritt halten können.
13. Die neue US-Regierung muss einen umfassenden Plan verabschieden, der Einkommensverbesserungen für Arbeitnehmer mit geringen und mittleren Einkommen ebenso beinhaltet wie eine Stärkung der sozialen Sicherung, inklusive Arbeitslosengeld, einen Ausbau des Systems der Lebensmittelgutscheine, eine finanzielle Unterstützung der Bundesstaaten und der Städte und Kommunen sowie umfangreiche Ausgaben der Bundesregierung für Ausbildung und Infrastruktur. Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation muss wieder hergestellt und die Einhaltung der Kern-Arbeitsnormen der ILO in des USA muss gewährleistet werden.
14. Sollte sich die Krise in den asiatischen Schwellenländern verschärfen, wäre Japan besonders stark betroffen. Die japanische Regierung muss daher ihre Wirtschaftspolitik vermehrt auf die Förderung der Binnennachfrage ausrichten. Bislang basiert das Wirtschaftswachstum vorwiegend auf dem Exportsektor, der jetzt allerdings durch die massive Aufwertung des Yen in Bedrängnis gerät. Um die Nachfrage zu stärken, müssen die realen Löhne und Gehälter erhöht werden. Dieser Schritt sollte steuerpolitisch unterstützt werden, um den Konsum der Haushalte zu stärken und der wachsenden Ungleichheit entgegenzuwirken.
15. In der EU muss die Koordination der steuerpolitischen Initiativen der einzelnen Mitgliedsstaaten massiv verbessert und unter einer gemeinsamen, verbesserten Wirtschaftsordnung zusammengeführt werden. Die europäischen Gewerkschaften haben zur Gründung eines europäischen Investitionsfonds aufgerufen, um Investitionen in erneuerbare Energien, Energiesparmaßnahmen, Innovationen und europäische Infrastrukturnetzwerke zu fördern. Investitionsprojekte dürfen nicht durch eine fehlgeleitete Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verhindert werden. Die Europäische Zentralbank (EZB), die sich zwar durch Maßnahmen zur Liquiditätsversorgung tatkräftig an der Bekämpfung der Bankenkrise beteiligt hat, hat noch im Sommer 2008 die Zinsen erhöht. Die EZB muss nun auch ihren Beitrag zur Konjunkturerholung in Europa und zur weltweiten Anpassung leisten, indem sie weiter die Zinsen senkt. Ein Aufsichtsrat, der europäische Sozialpartner und Mitglieder des EZB-Direktoriums umfasst, sollte gegründet werden.

16. Massnahmen zur wirtschaftlichen Wiederbelebung sollten auch darauf ausgelegt sein, die grundlegenden ökonomischen Ungleichgewichte zu korrigieren, die für die aktuellen Krisen verantwortlich sind. Dazu zählen insbesondere die Ungleichheit zwischen den USA und den anderen Teilen der Weltwirtschaft, die Ungleichheit zwischen der Finanz- und der Realwirtschaft sowie die Ungleichheit der Verhandlungsmacht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern bei Tarifauseinandersetzungen. Länder, die über Überschüsse verfügen, sollten diese in die Stützung der Binnen- nachfrage und in produktive Investitionen fließen lassen. Die Rechte der Gewerkschaften müssen umfassend respektiert und gefördert werden, damit die Arbeitnehmer ihren Lebensstandard verbessern können.
17. Ein weltweiter „New Deal“ muss von neuen Strategien öffentlicher finanz- politischer Verantwortung begleitet werden. In der aktuellen Lage wäre es der schlimmste Fehler, die Budgets des öffentlichen Sektors weiter zu reduzieren. Stattdessen muss es eine erneuerte Verpflichtung zur Bereit- stellung staatlich finanzierter, hochwertiger öffentlicher Leistungen geben. Die Neugestaltung der Verantwortlichkeiten sowohl des privaten als auch des öffentlichen Sektors muss eine verantwortungsvolle Finanzierung des öffentlichen Sektors durch ein faires Steuersystem und eine erneuerte Verpflichtung zu Effizienz und zum ethischen Wert hochwertiger öffent- licher Dienstleistungen umfassen, wobei der Arbeitnehmervertretungen der öffentlich Angestellten eine tragende Rolle zukommen kann.
18. Die internationale Gemeinschaft muss die Vergabe von Finanzhilfen durch den IWF ebenso rasch ausbauen wie auch die Hilfen durch die Welt- bank und die UN-Organisationen an jene Entwicklungs- und Schwellen- länder erhöhen, die aufgrund der Finanzkrise und der anhaltend hohen Lebensmittel- und Kraftstoffpreise mit hoher Wahrscheinlichkeit in ein Zahlungsbilanzdefizit geraten. Die Ernährungs- und Landwirtschafts- organisation der Vereinten Nationen schätzt, dass die Anzahl der unterer- nährten Menschen in der Welt zwischen den Jahren 2004 und 2007 um 9 Prozent auf 923 Millionen gestiegen ist. Aber auch 2008 hat sich der Trend zur Verteuerung von Lebensmitteln weiter fortgesetzt. Die langfri- stige öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Overseas Development Assistance, ODA) muss ebenfalls ausgebaut werden. Mindestens aber stehen die Industriestaaten durch ihre Selbstverpflichtung beim G8-Gipfel in Gleneagles in der Pflicht, den Umfang der ODA bis auf das zugesagte Niveau anzuheben.

III. Die Re-Regulierung der globalen Finanzmärkte

19. Über zwei Jahrzehnte haben die meisten Regierungen gemeinsam mit den IFI eine nur minimal regulierte „neue Finanzarchitektur“ unterstützt. Sie war die Grundlage der globalen Finanzmärkte, die für die aktuelle Krise verantwortlich sind. Diese Architektur war von einer unverantwortlichen Deregulierung geprägt, die eine übermäßige Fremdkapitalausstattung der Finanzinstitute – einschließlich der Investmentbanken, Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften – und „Finanzinnovation“ auf der Grundlage verbriefter Kreditrisiken förderte, mit deren Hilfe uneinbringliche Kredite unter dem Deckmantel strukturierter Finanzprodukte exportiert wurden. Das Geschäft mit strukturierten Finanzprodukten erzeugte die Illusion

geringer Risiken und billigen Kapitals. Wie die Krise jetzt gezeigt hat, waren die Risiken nicht breit verteilt, sondern versteckt. Im Verbund mit „prozyklischen“ Rechnungslegungsvorschriften für den Bankensektor und rigiden Eigenkapitalanforderungen hat die Krise, die auf den Zusammenbruch der im Bereich strukturierter Finanzprodukte operierender Institutionen folgte, einen sich selbstverstärkenden, Vermögen zerstörenden Prozess im Bankensektor in Gang gesetzt.

20. Die Interventionen, mit denen Zentralbanken und Regierungen in den vergangenen Wochen versucht haben, das Vertrauen wieder herzustellen, die Kreditmärkte zu stabilisieren und mit neuem Kapital zu versorgen, sind notwendig, um das Bankensystem zu retten. Der Solvenzkrise im Bankensektor ist ein Jahrzehnt vorausgegangen, in dem die Unternehmen sich einseitig am kurzfristig ausgerichteten Systems des Shareholder-Value-Modells orientiert haben. Das Geld, das im vergangenen „Wachstumszyklus“ der Jahre 2003 bis 2006 durch generöse Dividendenausschüttungen, Aktienrückkaufprogramme und grotesk hohe Managervergütungen verschwendet wurde, wird jetzt von den Banken, die auf der Suche nach frischem Geld für den Eigenkapitalanteil ihrer Bilanzen sind, dringend benötigt. Während nun die Steuerzahler weite Teile des Finanzsystems stützen müssen, fordern die Gewerkschaften mit Nachdruck, dass die Regierungen Eigenkapitalanteile übernehmen und sich als Investoren engagieren, um öffentliche Interessen zu vertreten und um sicherzustellen, dass die Steuerzahler am Ende wieder ausgezahlt werden.
21. Die Regierungen preisen weiterhin die Empfehlungen des Forums für Finanzstabilität (FSF) vom April 2008, das Eigenkapitalanforderungen für die Banken, Risikomanagement-Bestimmungen und eine schärfere Kontrolle strukturierter Finanzprodukte und der Rating-Agenturen anregt. So willkommen diese Empfehlungen sein mögen, sie erweisen sich jetzt als völlig unangemessen. Es müssen die steuerpolitischen Instrumente und Aufsichtsbestimmungen reformiert werden, die es Wertpapierhändlern erlaubt haben, exzessive Risiken einzugehen.
22. Die internationale Zusammenarbeit muss weit über das hinausgehen, was derzeit in Erwägung gezogen wird – die Überprüfung transaktionsbezogener Verhaltenspflichten (prudential rules) für Banken und die „Ermüdung“, mehr Transparenz zu zeigen. Vielmehr muss die nationale und globale Regulierungsordnung wieder hergestellt werden, so dass sich die Finanzmärkte wieder ihrer eigentlichen Aufgabe widmen können, eine stabile und kostengünstige Finanzierung der Realwirtschaft zu ermöglichen. Die Staats- und Regierungschefs müssen den Entwurf einer Finanzmarktregulierung genehmigen, die folgendes leisten muss:
 - Sicherstellen, dass die Zentralbanken mit ihrer Arbeit einer öffentlichen Rechenschaftspflicht unterliegen und über das notwendige Mandat verfügen, spekulative Blasen an den Finanzmärkten zu verhindern und zu identifizieren;
 - Eine aktive Aufsicht, angemessene antizyklische Eigenkapitalanforderungen und Rechnungslegungsvorschriften für Banken und große Finanzkonzerne gewährleisten;
 - Sämtliche Formen von Transaktionen untersagen, die nicht durch die Bilanzen erfasst werden;

- Investitionen und Kapitalflüsse aus dem Ausland einer angemessenen inländischen Regulierung unterwerfen, die auch überwacht, ob international anerkannte Grundsätze der Unternehmensführung und der Transparenz eingehalten werden;
- Die Förderung kommunaler Finanzdienstleister wie Kooperativen oder Genossenschaften sowie die gezielte Förderung von Mikrokredit-Programmen, die mit nationalen Sozialpartnern ausgehandelt werden;
- Die Stärkung des Verbraucherschutzes mit dem Ziel, dass die privaten Haushalte gegen räuberische Darlehens- und aggressive Vertriebsstrategien der Banken geschützt sind;
- Die Verbesserung der soziale Zielsetzung von Rentenplänen, um sowohl über die Rentenfinanzierung als auch über die Kapitalanlagevorschriften eine angemessene Alterssicherung zu bieten;
- Die Etablierung eines internationalen Systems zur Besteuerung von Finanztransaktionen, dessen Einnahmen Finanzinstitutionen unterstützen könnten, die soziale Zielsetzungen verfolgen wie beispielsweise Pensionsfonds;
- Das Geschäft mit der Übertragung von Kreditrisiken sowie den Derivate- und Terminkontraktehandel regulieren und die oligopolistischen Strukturen der Kredit-Rating-Branche aufbrechen, unter anderem indem öffentliche Agenturen gegründet und die Bewertung der nicht-finanziellen Nachhaltigkeit von Unternehmen und Organisationen weiterentwickelt wird;
- Die Regulierung privater Investmentfirmen wie Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften, sowie die Bekämpfung der Regulierungs-Arbitrage innerhalb großer Finanzkonzerne und zwischen nationalen Rechtssystemen;
- Kontrollen zur Begrenzung von Spekulation an Handelsbörsen inklusive der Rohstoff- und Energiemärkte einzuführen;
- Die Eindämmung kurzfristig orientierten Handelns der Unternehmen, indem das Prinzip der Corporate Governance und Steuerabgaben auf Managementgehälter gestärkt werden im Hinblick auf die Verantwortung der Vorstandsgremien, das Risikomanagement und die Verteilung der Unternehmensgewinne.

23. Zudem ist ein entschlossenes Handeln erforderlich, um die Einnahmeverluste durch Steueroasen zu unterbinden. Es kann nicht erwartet werden, dass Steuerzahler bankrotte Finanzinstitute retten, wenn dieselben Institute Steueroasen nutzen, um der Zahlung angemessener Steuern zuentgehen. Alle Regierungen müssen die nötigen Schritte unternehmen, um ihre Einnahmehasis zu schützen und die zu erwartende deutliche Senkung der Einkünfte aus der Unternehmenssteuer auszugleichen. Dies wird eine verstärkte politische Unterstützung der Arbeit der OECD in diesem Bereich erfordern.

IV. Eine neue internationale Wirtschaftsordnung

24. Jetzt ist die Zeit gekommen, die globale Finanz- und Wirtschaftsordnung mithilfe neu aufgelegter „Bretton-Woods-Verhandlungen“ zu reformieren, die über das 1944 in Bretton Woods geschaffene Wechselkurssystem

hinausgehen. Keine der bestehenden Institutionen hat die Kompetenz oder die Autorität, solch eine Ordnung zu schaffen. Die Regierungen müssen mit dieser Aufgabe beginnen, aber die Gespräche dürfen nicht hinter verschlossenen Türen zwischen Vertretern der Banken und der Finanzministerien geführt werden. Gewerkschaften, die die Arbeitnehmer und ihre Familien – die in wachsender Masse die Opfer der aktuellen Krise sind - auf der ganzen Welt vertreten, müssen an den Verhandlungen beteiligt werden.

25. Die institutionellen Reformen müssen über die Regulierung der Finanzmärkte hinausgehen und ein Wirtschaftsmanagement etablieren, das geeignet ist, die Ungleichheiten in der Weltwirtschaft zu reduzieren. Die anhaltenden strukturellen Leistungsbilanz- und Wechselkurs-Ungleichgewichte innerhalb der OECD-Mitgliedsländer (insbesondere zwischen den USA, dem Gebiet des Euro und Asien) und die Ungleichgewichte gegenüber den Schwellenländern haben ebenfalls zur Entstehung der Krise beigetragen. Die Anhäufung von Dollar-Vermögen in den Schwellenländern – und wachsende Investments durch Staatsfonds – hat für die dringend benötigte Eigenkapitalaufstockung schwer angeschlagener Banken und Finanzinstitute gesorgt. Allerdings bestehen Risiken unkontrollierter Anpassungsdynamiken – so könnten beispielsweise anhaltende Unsicherheiten in den USA zu einer Umkehr der Kapitalflüsse und einem erbarmungslosen Kapitalabzug aus dem Dollar-Raum zur Folge haben. Handel kann das Wirtschaftswachstum, die Konjunkturerholung und das Wirtschaftswachstum fördern, aber nur unter den richtigen Bedingungen. Damit die öffentliche Legitimität der Welthandelsordnung wieder hergestellt und die Doha-Runde abgeschlossen werden kann, müssen gleichzeitig Fortschritte bei der Durchsetzung des Schutzes grundlegender Arbeitnehmerrechte über alle internationalen Institutionen hinweg erzielt werden, einschließlich der Welthandelsorganisation. Ebenso muss sichergestellt werden, dass die Entwicklungsländer in der Lage sind, die wirtschaftliche Erholung, eine Steigerung der Beschäftigung und eine künftige industrielle Entwicklung zu bewerkstelligen.

26. Den Regierungen der Schwellen- und Entwicklungsländer muss eine zentrale Rolle in der neuen Wirtschaftsordnung zugestanden werden. Die Internationalen Gewerkschaftsorganisationen, die Global Unions, sprechen sich entschieden für fairere und demokratischere Entscheidungsstrukturen in den IFI aus. Bei der Weltbank, dessen Mandat sich auf die Entwicklungsländer konzentriert, bedarf es tiefgreifender und systematischer Reformen, die zum Ergebnis haben müssen, dass die Stimmrechte zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern paritätisch verteilt sind. Beide IFI müssen zudem den wirtschaftspolitischen Auflagen, die über die vergangenen drei Jahrzehnte ihre Interventionen in den Entwicklungsländern geprägt haben, ein Ende setzen. Dies hat der Durchsetzung treuhänderischer Kontrollen und der Einhaltung international vereinbarter Standards, einschließlich der Kern-Arbeitsnormen, eher geschadet als genutzt. Die von den IFI vorausgesetzten Deregulierungen, Liberalisierungen und Privatisierungen haben neben der des politischen Entscheidungs- und Handlungsspielraums dieser Länder häufig zu ernsthaften wirtschaftlichen und sozialen Beeinträchtigungen geführt. Dieser Ansatz muss daher geändert werden. Die normativen Richtlinien

der ILO, und insbesondere ihre Kern-Arbeitsnormen, müssen Grundlage der neuen Wirtschaftsordnung sein.

V. Die Bekämpfung der Krise der Verteilungsgerechtigkeit

- 27 Stagnierende Löhne und fehlende Kaufkraft der Arbeitnehmer und ihrer Familien sind sowohl ein Ergebnis von schädlicher Politik als auch an sich ein Hauptfaktor für den Rückgang der Sparleistung der Haushalte und das Entstehen von Überschuldung, was in zahlreichen Ländern zur Hypothekenkrise geführt hat. Die Deregulierung des Finanzsektors hat es Gläubigern ermöglicht, Kredite gegen Eigenheim als Ersatz für Einkommen zu fördern. Die aufgeblähten Vermögenswerte, stimuliert durch einen hohen Verschuldungsgrad und lockere Vorschriften, sind an die Stelle von nachhaltigem Wachstum auf der Grundlage von gemeinsamen Erträgen getreten. Notwendig ist jetzt ein neues Wachstumsregime, welches – wie jenes von der Nachkriegszeit bis die frühen achtziger Jahre hinein – ein ausgewogenes Reallohn-Wachstum im Einklang mit Produktivitätszuwachs gewährleisten kann. Eine angemessene, verantwortungsvolle und progressive Steuerpolitik sollte weder die Anhäufung von Vermögen erleichtern noch Anreize für Spekulationsbestrebungen enthalten, sondern vielmehr zu Wachstum beitragen.
- 28 Jüngste OECD- und ILO-Berichte verweisen darauf, dass in zwei Dritteln der OECD-Länder Lohnquoten gesunken und soziale Ungleichheit gewachsen sind. Die Regierungen in den Industrieländern müssen jetzt die Institutionen fördern und umbauen, die dabei helfen, Einkommen und Reichtum gerechter zu verteilen, statt weiterhin die Deregulierung von Arbeitsmärkten und den Abbau des Schutzes von Arbeitnehmern zu fordern. Die Krise der Verteilungsgerechtigkeit ist in Ländern, die nicht der OECD angehören, weitaus deutlicher spürbar. Bereits vor der Lebensmittelpreiskrise von 2007-2008 und der aktuellen Finanzkrise hat die Weltbank in 46 von insgesamt 59 untersuchten Entwicklungsländern festgestellt, dass die Ungleichheit in den letzten zehn Jahren zugenommen hat. Die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage wird das Einkommensgefälle noch weiter verschärfen und das Defizit bei der menschenwürdigen Arbeit in den Entwicklungsländern vertiefen, auf das die ILO bereits hingewiesen hat.
- 29 Wir rufen die G20-Regierungen mit Nachdruck dazu auf, die IWF-Finanzhilfen und Notkredite für unmittelbar von der Krise betroffene Länder, die zur Selbsthilfe nicht in der Lage sind, weiter auszubauen. Diese Unterstützung darf nicht an Sparauflagen gebunden sein. Vielmehr sollte es eine „positive Auflagenbindung“ geben, die die Länder dabei unterstützt, kurzfristiges Wachstum, eine gerechte Verteilung von Kosten und Nutzen sowie langfristige Nachhaltigkeit wieder herzustellen. Ebenso sollte die Weltbank Projekten Vorrang einräumen, die beschäftigungsintensiv sind, die soziale Sicherungsnetze für die meisten der bislang ohne Sicherung arbeitenden Menschen in Entwicklungsländern ausdehnen und öffentliche Dienste und Infrastrukturen für nachhaltiges Wachstum aufbauen. Entsprechende Vorschläge müssen gemeinsam mit Arbeitnehmerorganisationen in den jeweiligen Ländern vereinbart werden. Außerdem müssen die Regierungen Notmaßnahmen gegen die andauernde Lebensmittelknappheit

vereinbaren. Hierzu gehören Maßnahmen gegen die Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln sowie die Ausdehnung der Nothilfe für die Ärmsten der Armen. Mittelfristig sollten Schritte unternommen werden, um die nachhaltige Lebensmittelproduktion zu erweitern und Notvorräte neu aufzubauen. Darüber hinaus müssen die Regierungen in den kommenden Monaten die Schritte, die unternommen werden sollen, bestimmen, um sicherzustellen, dass sie ihre Verpflichtungen im Hinblick auf öffentliche Entwicklungsleistungen sowie die Millenniumsentwicklungsziele erfüllen.

30. Wir unterstreichen die Notwendigkeit, dass die G20-Regierungen Maßnahmen treffen, um die soziale Dimension der Globalisierung zu stärken und die Anwendung von universellen Normen durch multinationale Unternehmen, überall dort, wo diese tätig sind, zu gewährleisten. Wir fordern Entwicklungs- und Schwellenländer dazu auf, sich an die OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen, die mit den Normen der ILO übereinstimmen, zu halten. Die OECD-Regierungen rufen wir dazu auf, die Anwendung und Einhaltung dieser Leitlinien dadurch zu verbessern, dass nationalen Kontaktstellen gestärkt und vermehrt gefördert werden.

VI. Schlussfolgerung

31. Die Internationalen Gewerkschaftsorganisationen haben wiederholt die wachsende Divergenz zwischen den unregulierten und unkontrollierbaren Finanzmärkten einerseits und dem Finanzbedarf der realen Wirtschaft für die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit andererseits angeprangert. Nach Ansicht der OECD sollte die internationale Finanzarchitektur daran gemessen werden, ob sie in der Lage ist, durch die „Gewährleistung der Solvenz von Marktteilnehmern Finanzstabilität aufrecht zu erhalten“, „Investoren vor Bankrott und Betrug zu schützen“, und „effiziente und wirksame Finanzmärkte zu gewährleisten“. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass das System bei allen drei Zielen versagt hat. Nach dem G20-Treffen muss die Zusammenarbeit auf allen Ebenen – G7, G8, Europa, OECD und internationale Finanzinstitutionen – erweitert werden, um eine Regulierungs-Arbitrage zu vermeiden und eine globale Reichweite der neuen Architektur zu gewährleisten. Die Gewerkschaften als Organisationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen an diesen Verhandlungen und bei Entscheidungen in diesen Institutionen beteiligt werden. Sie und ihre Mitglieder haben wenig Vertrauen, dass Banker und Regierungen, die hinter verschlossenen Türen zusammenkommen, die notwendigen und richtigen Entscheidungen zugunsten koordinierter Maßnahmen der Wirtschaftsbelebung und der Re-Regulierung von Finanzmärkten, einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung und zur Wiederherstellung der Verteilungsgerechtigkeit treffen. Es muss vollständige Transparenz, Offenheit und Konsultation geben. Die Global Unions, die Internationalen Gewerkschaftsorganisationen sind bereit, bei diesem Prozess mitzuwirken.